

Beate Andrees

---

## Staatsauflösung und Kriegsfinanzen: Zur Rolle der Kriminalität im Kosovo Konflikt

Die wichtigste Drogenroute von Asien nach Westeuropa verlief schon vor dem Ende des Staatssozialismus in Ost- und Südosteuropa durch das ehemalige Jugoslawien. Mit der Öffnung der Grenzen zu den Nachbarstaaten und dem Beginn der Balkankriege Anfang der 90er Jahre wurde der Drogenhandel durch weitere illegale Aktivitäten ergänzt, so zum Beispiel durch Sanktionsbruch, Menschenhandel, Waffenschmuggel und Zigarettenmuggel. Die Gewinne dienten nicht nur der individuellen Bereicherung, sondern auch der Kriegsfinanzierung. Zu einem der wichtigsten kriminellen Zentren entwickelte sich das Kosovo, wo illegale Profite in Milliardenhöhe erwirtschaftet wurden, die entweder direkt in die Kriegskasse oder ins Ausland flossen.

Jeder Konflikt schafft Freiräume für kriminelle Aktivitäten durch die steigende Nachfrage nach Waffen, Ressourcenknappheit und die Relativierung gesellschaftlicher Normen. Das gilt vor allem für sogenannte Bürgerkriege oder ethnische Konflikte, die zur Schwächung oder völligen Auflösung der zentralen Staatsgewalt führen. Mit zunehmender Fragmentierung staatlicher Gewalt, so die These dieses Artikels, gewinnen transnationale, partikuläre und informelle Netzwerke einschließlich ihrer Ordnungsstrukturen an Bedeutung. Diese Netzwerke verfügen über ein erhebliches kriminelles Potential. Sie unterstützen die Kriegsparteien und profitieren von dem Zusammenbruch staatlicher Institutionen

Der Artikel gliedert sich in drei Teile: Zunächst wird der Zusammenhang zwischen der Informalisierung des Staates und dem Einfluss transnationaler Netzwerke erläutert. Im zweiten Abschnitt werde ich diese Überlegungen am Beispiel des Kosovo-Konfliktes, der Kosovo-albanischen Diaspora sowie albanischer Mafianetzwerke darstellen. Der letzte Teil gibt einen kurzen Ausblick auf die Aktivitäten krimineller Netzwerke unter der derzeitigen UN-Verwaltung und verdeutlicht die Rivalität zwischen internationalen sowie lokalen Ordnungsstrukturen.

## 1. Staaten und transnationale Netzwerke: Einige theoretische Überlegungen

### *Staatszerfall, Informalisierung und Konflikt*

Phänomene ethnisch motivierter Gewalt und Kriminalität passen nicht so recht in die „Neue Weltordnung“, in der Kriege dem internationalen Handel, dem kulturellen Austausch und der Anerkennung universeller Rechte weichen sollten. So wurde die „neue Unordnung“ an der Peripherie Westeuropas auch lange als Anomalie aufgefasst, d.h. als Folge eines primordialen ethnischen Konfliktes, der sich mit dem Ende des Staatssozialismus gewaltsam entlud und sozusagen unausweichlich schien. Demokratisierung sowie konsequente Marktreformen wurden von internationalen Organisationen und ihren westlichen Geldgebern als Heilmittel gegen den Rückfall in die „Vormoderne“ verschrieben. Nach der ersten fehlgeschlagenen liberalen Reformphase in Südosteuropa Ende der 80er Jahre begann nach Kriegsende in Bosnien und im Kosovo die zweite Phase unter verstärkter Kontrolle und Konditionalität der internationalen Gemeinschaft. Doch die Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie hat bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu höchst ambivalenten Ergebnissen geführt: Fast sechs Jahre nach Dayton und zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa gibt es weder in Bosnien-Herzegowina noch im Kosovo funktionierende Staatsinstitutionen, die gesellschaftlichen Zusammenhalt und Sicherheit garantieren könnten. Politische und ökonomische Beziehungen sind vor allem informell organisiert (Chandler 1999; ICG, 8/2000).

Die folgende Analyse informeller und krimineller Praktiken im Kosovo beruht auf einem institutionalistisch-strukturalistischen Ansatz, der von einem kausalen Zusammenhang zwischen politischer und ökonomischer Liberalisierung, der Auflösung oder Schwächung staatlicher Institutionen sowie ihrer Instrumentalisierung durch konkurrierende soziale und ethnische Gruppen ausgeht (Crawford/Lipschutz 1998). Institutionen bezeichnen im engeren Sinne Organisationen sowie im weiteren Sinne Regeln und Verfahren, die das Verhalten von Individuen im Interesse der gesellschaftlichen Ordnung steuern (North 1990). Abhängig davon, in welche politisch-ökonomischen Makrostrukturen Institutionen eingebettet sind, werden sie entweder primär über den Staat, den Markt oder die (ethnische) Gemeinschaft vermittelt.

Spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich in Ost und West sowie in den ehemaligen Kolonien der souveräne Nationalstaat als wichtigster Regulationsmechanismus durchgesetzt. Das änderte sich jedoch mit Beginn der Deregulierung Ende der 70er Jahre sowie mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Ost- und Südosteuropa. Während der Markt in Westeuropa zunehmend den staatlichen Regulationsrahmen ersetz-

te, übernahm mit dem Beginn der Transformationsphase in Osteuropa die ethnische Gemeinschaft wichtige Regulationsfunktionen. In beiden Fällen haben informelle Praktiken in Politik und Ökonomie zugenommen.

Informalisierung bezeichnet ganz allgemein den Rückzug von Institutionen im Sinne einer staatlichen Organisationsstruktur sowie gesellschaftlicher Normen und Werte. Die Grenzen zwischen Formalität und Informalität sind fließend. Im ökonomischen Bereich bezieht sich Informalität vor allem auf Strategien der Einkommensgewinnung sowie auf Produktionsstrukturen, die aus dem staatlichen Regelungsrahmen herausfallen. Es handelt sich dabei zum Beispiel um Subsistenzwirtschaft, prekäre Arbeitsverhältnisse oder kriminelle Praktiken. In der Politik bezieht sich Informalisierung auf die Herausbildung klientelistischer Staatsstrukturen, verbunden mit Bestechung und Korruption. Informalisierung umfasst nicht nur Überlebensstrategien der Armen, sondern alle soziale Schichten westlicher Industriegesellschaften sowie der Transformations- und Entwicklungsländer (Altvater/Mahnkopf 1999; Portes/Castells 1989).

Die Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa haben staatliche Institutionen geschwächt und sozioökonomische Krisen verschärft. Damit war fast überall eine ethnische Mobilisierung verbunden, die in manchen Regionen wie im ehemaligen Jugoslawien zu Krieg und Vertreibung führte. Ethnische Konflikte haben vielfältige Ursachen, die Folge ist jedoch immer eine zunehmende Informalisierung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen. Das entscheidende Merkmal daran ist die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols und sein Ersatz durch sogenannte „Warlord-Regime“. Diese „Warlords“ können entweder Rebellengruppen, ethnisch-nationalistische Parteien oder Familienclans ohne formale Organisationsstruktur sein. Während eines Konfliktes sorgen sie für Waffen und Geld, und zwar meistens durch illegale Praktiken, an denen sie kräftig verdienen. Gleichzeitig garantieren sie aber auch Ordnung und Sicherheit, allerdings in einem territorial eng begrenzten Gebiet und sozial exklusiven Verständnis. Wer nicht zum Clan, zur ethnischen Gruppe oder zu den Rebellen gehört, muss sich Sicherheitsgarantien entweder teuer erkaufen oder fliehen. Unter dem Deckmantel eines ethnischen Konfliktes entwickeln sich somit Strukturen, die marktwirtschaftlich profitabel, und, wie ich später am Beispiel des Kosovo-Konfliktes noch zeigen werde, auch global vernetzt sind (Collier/Hoeffler 5/2000; Elwert 1997; Jean/Rufin 1999).

### *Diasporagemeinschaften und Mafianetzwerke*

Die Auflösung formaler gesellschaftlicher Beziehungen begünstigt die Herausbildung partikularistischer Strukturen. Da den „Warlords“ die Legitimationsbasis und meistens auch die Mittel fehlen, um ausreichend Steuern einzu-

treiben, greifen sie auf transnationale Netzwerke, wie zum Beispiel Diaspora- und Mafianetzwerke zurück. Diese Netzwerke agieren jenseits der Ordnung des modernen Nationalstaates, was die Kontrolle ihrer Aktivitäten besonders erschwert. Sie sind ein weiterer Ausdruck der Informalisierung politischer und ökonomischer Beziehungen. Diasporagemeinschaften und Mafianetzwerke sind keine neue Erscheinung. Ihre Wurzeln reichen bis in die Antike und das frühe Mittelalter zurück. Mit den Modernisierungen im Transport- und Kommunikationswesen sowie im internationalen Finanzsektor während der letzten Jahrzehnte hat sich jedoch die Dichte der Netzwerke sowie der Umfang ihrer Waren-, Geld- und Informationsströme erhöht.

Diaspora beginnt mit der Vertreibung, Verschleppung oder Auswanderung eines Volkes von einem Zentrum, das als Heimat im kollektiven Gedächtnis rekonstruiert wird. Sie unterscheiden sich von anderen Migrantengruppen vor allem durch ihre transnationalen Netzwerke, die sie auch zur politischen Mobilisierung einsetzen. Dabei handelt es sich entweder um ein nationales Anliegen oder um Proteste gegen das jeweilige Regime im Herkunftsland (Shain 1993). Die Konstruktion einer eigenständigen Diaspora-Identität und ihre Aktivitäten hängen nicht nur von ihren eigenen Ressourcen, sondern auch vom gesellschaftlichen Umfeld und den gesetzlichen Bestimmungen im Aufnahmeland ab. Gut integrierte Diaspora Gemeinschaften haben bessere Aussichten, für ihr Anliegen nicht nur untereinander, sondern auch die Aufnahmegesellschaft zu mobilisieren (Esman 1986).

Davon abgesehen existieren Diasporagemeinschaften jedoch relativ losgelöst von Raum und Zeit. Sie verfügen alle über eine starke virtuelle Repräsentation im Internet mit Diskussionsgruppen, Nachrichtendiensten in verschiedenen Sprachen und Kontaktadressen. In realen Räumen zeichnen sich die Mitglieder einer Diaspora durch eine hohe Mobilität aus. Diskurse innerhalb der Diaspora bewegen sich in verschiedenen Zeiten: Der Vergangenheit mit allen ihren Mythen und traumatischen Erfahrungen, der ambivalenten Gegenwart im Aufnahmeland und der visionären Projektion der nationalen Befreiung in die Zukunft (Centlivres 2000).

Diese Zukunftsprojektionen sind häufig nationalistisch und revanchistisch gefärbt, da der radikale Flügel einer Diaspora in der Regel besser organisiert ist. Deshalb kann man davon ausgehen, dass die Existenz von großen Diasporagemeinschaften die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktausbruches erhöht oder den Konflikt zumindest verlängert (Collier 6/2000). Das Ausmaß der Konfliktbeeinflussung hängt von der Organisationsform der Diaspora ab. Angoustures und Pascal (1999) unterscheiden zwischen einer konstitutiven und fördernden Diaspora, obwohl die Grenzen zwischen diesen Typen nicht klar gezogen werden können. Eine konstitutive Diaspora bestimmt relativ unabhängig ihr Verhältnis zum Herkunftsland, während eine fördernde Diaspora von der Heimat aus gesteuert wird.

Aufgrund ihrer transnationalen Organisationsstruktur und ihrer Verbindung zu „Warlord Regimen“ in der Heimat gibt es auch Berührungspunkte zwischen Diasporagemeinschaften und Mafianetzwerken. Letztere funktionieren in erster Linie als Unternehmen, die Gewinne durch die Produktion und den Vertrieb verbotener Güter oder Dienstleistungen erzielen, zum Beispiel durch Drogen, Prostitution, nicht-genehmigte Waffentransporte oder Spielkasinos. Um die Gewinne vor staatlichen Eingriffen zu schützen, arbeiten mafiöse Netzwerke mit Gewalt und Bestechung. Sie garantieren personelle und sozio-ökonomische Sicherheit nach informellen Regeln und Normen. Damit bildet sich eine eigenständige Organisationskultur heraus, die entweder parallel zu staatlichen Institutionen existiert, oder diese vollständig ersetzt. Diese Organisationskultur beruht häufig auf ethnischen und patriarchalen Codes, mit denen Loyalität und Vertrauen leichter hergestellt, aber auch erheblicher Druck ausgeübt werden kann (Fiorentini 1997; Sampson 1998).

Die alternativen Einkommensmöglichkeiten und Sicherheitsstrukturen, die Mafianetzwerke und bis zu einem bestimmten Grad auch Diasporagemeinschaften bereitstellen, sind höchst exklusiv. Sie beruhen auf ethnischer Zugehörigkeit und patriarchalen Strukturen (Brah 1996). Durch ihre enge Verbindung zu militärischen Konflikten und hoch riskanten Geschäften, kann sich selbst diese eingeschränkte Sicherheit als fragwürdig herausstellen. Ihre transnationale Mobilität und digitale Vernetzung ermöglicht es ihnen, der Kontrolle von Nationalstaaten teilweise zu entgehen. Trotz der informellen, ethnischen und patriarchalen Struktur der eben beschriebenen Netzwerke bedeutet das jedoch nicht, dass sich gesellschaftliche Beziehungen im Zuge ethnischer Konflikte in die Vormoderne zurückentwickeln. Im Gegenteil, es handelt sich eher um eine Ausdifferenzierung von Organisationsformen, die sich entweder konträr oder komplementär zu staatlichen Institutionen verhalten. Die ursprüngliche Funktion des modernen Staates, zwischen partikularen Interessen zu vermitteln, wird damit jedoch unterlaufen.

## 2. Konfliktfinanzierung und transnationale Kriminalität am Beispiel des Kosovo-Konfliktes

### *Die Hintergründe des Konfliktes*

Der Konflikt im Kosovo reicht weit in die Geschichte des Balkans zurück. Während die Kommunistische Partei in Jugoslawien an der Macht war, forderten die Kosovo-Albaner wiederholt die Anerkennung der Provinz als Republik. Nach dem Tod von Tito 1981 drückten sie ihre Forderungen erstmals mit Protestmärschen aus. Die Auseinandersetzungen zwischen der serbischen Regierung in Belgrad und albanischen Gruppen kulminierten 1989/90 in Massendemonstrationen und Streiks sowie deren gewaltsamen Unterdrü-

ckung durch serbische Sicherheitskräfte. Nach der Entlassung von mehr als 130.000 Albanern aus öffentlichen Verwaltungen begann die führende politische Kraft in der Provinz, die Demokratische Liga Kosovos (LDK) unter Ibrahim Rugova, mit dem Aufbau eines Schattenstaates. Im Mai 1992 fanden geheime Wahlen statt, mit denen Bujar Bukoshi Ministerpräsident und Ibrahim Rugova Präsident eines international nicht anerkannten Staates wurden. Dieser Schattenstaat stellte einerseits den Versuch dar, gesellschaftliche Beziehungen trotz der serbischen Diskriminierung zu formalisieren. Über einen Solidaritätsfonds und eine dreiprozentige Einkommenssteuer finanzierten die Kosovo-Albaner ihr eigenes Bildungs-, Justiz- und Gesundheitssystem, eine eigene Polizei und Verwaltung (Clark, 2000; Troebst 1998). Andererseits markiert er aber auch den ersten Schritt in die Informalität, da er international nie anerkannt wurde und von den Überweisungen aus der Diaspora abhängig war. Aufgrund der Diskriminierung der Kosovo-Albaner im öffentlichen Leben nahmen nicht nur die Emigration, sondern auch informelle und kriminelle ökonomische Aktivitäten zu (Montanari 2000a; EC/World Bank/UNMIK 11/1999).

Das Schicksal der Provinz war seit dem Zusammenbruch des Sozialismus eng mit der Entwicklung in Albanien verbunden. Das bedeutet jedoch nicht, dass es ein ernsthaftes Interesse auf einer der beiden Seiten an einem Großalbanien gäbe. Albanische Eliten unterstützen vielmehr die politische, ökonomische und kulturelle Vereinigung der Albaner ohne Grenzveränderungen (Schmidt 2000; Sheku 1997). Allerdings wird die folgende Darstellung der Entwicklungen seit Anfang der 90er Jahre zeigen, dass bisher vor allem kriminelle Netzwerke von den offenen Grenzen profitierten.

Neben diesem regionalen Transnationalismus nahmen auch die Kontakte zur Kosovo-albanischen Diaspora während der 90er Jahre zu. Die Diaspora entwickelte sich aus den Migrantengemeinden Kosovo-albanischer Gastarbeiter, die seit den 60er Jahren nach Westeuropa, vor allem nach Deutschland, in die Schweiz und nach Österreich gekommen waren. Seit den 80er Jahren flüchteten zunehmend Kosovo-Albaner nach Westeuropa und nach Nordamerika aus Angst vor Repressalien sowie aufgrund der schlechten Wirtschaftslage. Viele von ihnen waren im Untergrund aktiv an Demonstrationen oder terroristischen Anschlägen beteiligt gewesen. Während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen 1997 und 1999 setzte eine neue Flüchtlingswelle ein, von der jedoch nur die wenigsten Flüchtlinge nach Westeuropa kamen. Da in den offiziellen Statistiken Kosovo-Albaner als „Jugoslawen“ geführt werden, lassen sich nur schwer genaue Angaben über den Umfang der Diaspora machen. Schätzungen aus dem Jahr 1999 besagen, dass 250.000 Kosovo-Albaner in Deutschland, 150.000 in der Schweiz, sowie 600.000 Albaner

und Kosovo-Albaner in den USA leben.<sup>1</sup> Neben diesen drei wichtigen Zentren der Diaspora leben mehrere Tausend Kosovo-Albaner unter anderem in Österreich, Skandinavien, Belgien, Italien, Neuseeland und Australien. Den Flüchtlingen wurde in Deutschland und in der Schweiz nur ein befristeter Aufenthaltsstatus gewährt (Duldung oder Aufenthaltsbefugnis), mit dem ein legales Arbeitsverhältnis ausgeschlossen wurde. Bestehende Migrationsnetzwerke und gesetzliche Ausnahmeregelungen trugen jedoch dazu bei, dass die Mehrheit der Kosovo-Albaner im Ausland Arbeit gefunden hat, wenn auch vor allem im informellen Sektor.

### *Die kriminelle Dynamik des Kosovo-Konfliktes*

Im Zusammenspiel zwischen der Diaspora in Westeuropa und den USA, albanischen Mafianetzwerken sowie dem Konflikt im Kosovo lassen sich drei Phasen unterscheiden. Die *erste Phase* des Konfliktes begann mit der massiven Verschlechterung der politischen und ökonomischen Situation im Kosovo während der 80er Jahre, zunehmender Emigration und politischen Aktivitäten im Untergrund (Montanari 2000b). Zwischen 1982 und 1984 organisierten beispielsweise militante Kosovo-Albaner vom Ausland aus mehrere Attentate in Pristina. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte nahmen in den 80er Jahren mehr als 12.000 Albaner gefangen und brachten einige ihrer Hintermänner in Westeuropa um (*Le Monde Diplomatique* 5/1999). In dieser Epoche begann bereits die Zusammenarbeit zwischen der Kosovo-albanischen Drogenmafia, die zu diesem Zeitpunkt noch in der zweiten Liga hinter der türkischen Mafia spielte, sowie politischen Gruppierungen, die für die Unabhängigkeit des Kosovos und die Vereinigung aller Albaner kämpften. Diese Gruppierungen bestanden aus straff organisierten marxistisch/maoistischen Zellen (ebd.). Schätzungen aus dieser Zeit gaben an, dass über die Istanbul-Belgrad-Route 25% bis 40% des US-amerikanischen und europäischen Heroinbedarfes gedeckt wurde (*The Wall Street Journal* 9.9.1985). Diese Route wurde zunehmend von Kosovo-Albanern kontrolliert, warf aber auch kräftige Gewinne für die Regime in Belgrad und Zagreb ab (Rastello, 2000).

Die Ausrufung des Notstandes im Kosovo 1989 sowie Streiks und Massenkundgebungen von Albanern und Serben markierten den Beginn der *zweiten Phase*. Drei Jahre später kollabierte das kommunistische Regime in Albanien. Tausende von Albanern versuchten in der Folgezeit, vor dem Chaos und der zunehmenden Unsicherheit im Land zu fliehen. Sie kamen vor allem nach Italien, Griechenland, Nordeuropa und in die USA. Das ist die Phase, während der sich die albanische Drogenmafia in Westeuropa und den USA konstituierte und ihre Einflussgebiete mit der türkischen Mafia sowie der italieni-

---

1 Quellen: Verfassungsschutzbericht (1999); OECD (2001); UNHCR-Statistiken unter [www.unhcr.org](http://www.unhcr.org)

schen 'Ndrangheta aufteilte. Die Basis ist bis heute Italien, von wo sich ein weitgeknüpftes Netz von Transportwegen und Händlern über ganz Europa erstreckt.<sup>2</sup> Während jede Mafia vor allem der persönlichen Bereicherung dient, verfolgte die albanische Mafia von Anfang an auch politische Interessen. Beispielhaft für die Verknüpfung von Gewinn und „Befreiungskampf“ ist das Drogenimperium des Kosovo-Albaners Agim Gashi, der von der italienischen Polizei im Sommer 1998 festgenommen wurde. Mit einem Teil seiner Gewinne aus dem Drogenhandel kaufte Gashi Waffen, die über albanische Mittelsmänner ins Kosovo verschifft wurden (ebd.).

Zwischen 1992 und 1993 erschienen erstmals uniformierte junge Männer nach dem Stile der IRA auf Beerdigungszeremonien im Kosovo, die sich als Anhänger der Kosova Befreiungsarmee (UÇK) zu erkennen gaben. Die Struktur der UÇK beruhte auf dörflich organisierten Clans, die locker miteinander in Verbindung standen. Eine klare Hierarchie und Kommandostruktur gab es nicht. Diese fast familiären Verbindungen sicherten absolutes Vertrauen untereinander (ICG 3/2000). Die Basis der UÇK befand sich im Westen der Provinz, der Dreniça-Region sowie in der Schweiz. Mitglieder der sogenannten „Dreniça-Gruppe“ fanden Anfang der 90er Jahre in der Schweiz Asyl und gründeten dort unter Leitung von Xhavit Haliti, der grauen Eminenz der kosovarischen Befreiungsbewegung, und Hashim Thaçi einen Ableger der Gruppe (Montanari 2000b).

Der Dayton-Vertrag und die internationale Anerkennung, die Slobodan Milošević und seinen Handlangern in Bosnien damit zuteil wurde, markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der politischen Landschaft des Kosovo. Rugovas Versuch, die „albanische Frage“ mit friedlichen Mitteln zu internationalisieren, war offensichtlich gescheitert (Biberaj 2000). Je mehr die LDK an Ansehen verlor, vor allem unter jungen Männern, die für sich im Schattenstaat keine Chance sahen, desto zahlreicher sammelten sich die Anhänger der UÇK. Bukoshi trennte sich 1997 von Rugova und leitete seine finanziellen Quellen in den Aufbau militärischer Einsatzkräfte weiter, die kurze Zeit später der UÇK beitraten (Montanari 2000b). Bukoshis „Finanzminister“ erklärte 1999, dass er über 33 Millionen US-Dollar auf einer Bank in Tirana verfüge (*Time Magazin* 17.5.1999).

Mit der zunehmenden Spaltung und Radikalisierung der Kosovo-Albaner 1997/98 setzte die *dritte Phase* ein. Die Kosovo-albanische Diaspora wandelte sich von einer konstitutiven in eine kontrollierte und hochgradig mobilisierte Diaspora. Die UÇK erhielt weiterhin Zulauf und entwickelte sich zu einer Guerilla-Truppe, deren Einsätze zunehmend die Sicherheit der Serben in der

2 *Corriere della Sera* 15.10.1998; weitere Artikel dazu unter [www.siri-us.com/backgrounders/KLA-Drugs.html](http://www.siri-us.com/backgrounders/KLA-Drugs.html) siehe auch den Interpol-Bericht (1991), zitiert in: Rastello (2000) und den Bericht des National Narcotic Intelligence Consumers Committee (NNICC) (1996) ([www.usdoj.gov/dea](http://www.usdoj.gov/dea)).

Provinz bedrohten. In dieser Phase zeigte sich besonders, welchen Einfluss die Entwicklungen in Albanien auf die Lage im Kosovo hatten. Die albanische Regierung unter Sali Berisha, albanische Mafianetzwerke und das Regime in Belgrad verstießen über mehrere Jahre gegen die internationalen Sanktionen gegen Rest-Jugoslawien. Über den Norden Albanien wurden in großem Umfang Öl und Waffen nach Montenegro und Serbien transportiert. Schätzungen gehen davon aus, dass diese Geschäfte mindestens 10% des albanischen BSP ausmachten (Naylor 1999; Rastello 2000).

Zwischen 1996 und 1997 änderten sich jedoch die Machtverhältnisse. Enver Hajin, der „Geschäftspartner“ von Arkan, dem Anführer der berüchtigten serbischen Tiger, wurde erschossen und die Sanktionen gegen Serbien teilweise gelockert. Damit gingen Millionengewinne verloren, was unter anderem den Zusammenbruch der „Pyramidensysteme“ in Albanien beschleunigte. Tausende Albaner hatten aufgrund der hohen Zinsversprechen der Investmentfonds ihre gesamten Ersparnisse eingezahlt und sich darüber hinaus hoch verschuldet. Als die ersten Gerüchte über die Zahlungsunfähigkeit der Fonds 1997 in Umlauf kamen, machte sich schnell Panik breit, die schließlich zu gewalttätigen Tumulten führte. Während dieser Unruhen wurden die Waffendepots des Landes gestürmt, deren Inhalte „privatisiert“ oder ins Kosovo verschoben. Die genauen Hintergründe der Krise können an dieser Stelle nicht weiter erläutert werden. Wichtig ist jedoch die Verwicklung der Regierung unter Sali Berisha in den Betrug der Investmentfonds und vermutlich auch in die Öffnung der Waffendepots. Berisha kam 1992 an die Macht und galt lange als Musterschüler der US-Regierung, die den Mann aus dem Norden als Garanten für den Transformationsprozess in Albanien sowie für die Stabilität auf dem Balkan betrachtete. Mit Rücksicht auf westliche Geldgeber hielt sich Berisha mit offizieller Unterstützung für die Kosovo-Albaner zurück. Es gab aber zahlreiche informelle Kontakte. Die Fonds dienten unter Berisha nicht nur der individuellen Bereicherung, sondern auch der Geldwäsche aus dem Drogen- und Ölschmuggel sowie Waffenkäufen für das Kosovo (Biberaj 2000, Naylor 2000).

Der Bankrott der Pyramidensysteme verursachte Berishas Sturz und führte kurzzeitig zum völligen Zusammenbruch staatlicher Institutionen in Albanien. Davon hat sich das Land bis heute nicht erholt. Kriminalität und Gewalttaten gehören zum Alltag, was unter anderem auf die Bewaffnung der Bevölkerung während der Krise 1997 und den Zusammenbruch staatlicher Institutionen zurückzuführen ist (ICG 1/1999). Mafiöse Netzwerke und das traditionelle Kanon Recht (verbunden mit der Blutfehde) übernahmen seitdem wichtige gesellschaftliche Regulationsfunktionen (Schwander-Sievers 1998). Diese Entwicklungen im Nachbarland kamen der UÇK nicht ungelegen. Auch wenn Berishas Nachfolger, der Südalbaner Fatos Nano, weniger Verbindungen zu den Kosovo-Albanern pflegte, so ließ er die UÇK dennoch

ungestört in den Grenzgebieten Nordalbaniens operieren. Sie legte dort umfangreiche Waffenlager an und baute Trainingslager für Rekruten auf (Rastello 2000).

Parallel dazu mobilisierten die UÇK und ihr politischer Arm im Ausland, die Volksfront für die Republik Kosova (LPK), zunehmend die Diaspora. Ein wichtiger Kanal für den Geldfluss wurde der sogenannte Vaterlandsfonds (Vendlindja Thërret), der von dem Kosovo-Albaner Jashar Saliku in der Schweiz gegründet wurde. Saliku unterstützte offen den Kampf für ein „Großalbanien“, für den er mit seinem Fonds nach eigenen Aussagen monatlich einige Millionen US Dollar sammelte. Der Fonds bestand aus einem Netz von Zweigstellen auf der ganzen Welt und wurde entweder von der LPK oder von humanitären Organisationen verwaltet (*Time Magazin* 17.5.1999).<sup>3</sup> In den USA spendeten Diaspora-Mitglieder während der Hochphase des Konfliktes bis zu 4 Millionen US-Dollar (*Washington Post*, 26.5.1998). Spendenaufrufe wurden zunächst informell und später offen über albanische Medien im Ausland, Veranstaltungen und das Internet verbreitet. Dabei spielte oft erheblicher Druck eine Rolle, auch wenn Fälle der Erpressung oder direkter Gewaltanwendung den Behörden nicht bekannt wurden (*Neue Züricher Zeitung* 22.7.1998/17.6.1998; Verfassungsschutzbericht 1999).

Dass sich unter den privaten Spenden auch einige Millionen „Schwarzgeld“ aus dem Drogenhandel befanden,<sup>4</sup> und dass mit diesem Geld nicht-genehmigte Waffenkäufe bezahlt wurden, war für die Polizeikräfte der betroffenen Länder nicht leicht nachzuweisen. Der Fonds diente nicht ausschließlich dem Kauf von Waffen, sondern auch der humanitären Unterstützung der zurückgebliebenen Landsleute. Die Geschäfte wurden in der Regel über Mobiltelefone abgeschlossen, so dass die Polizei Schwierigkeiten hatte, die beteiligten Akteure zu lokalisieren (*Sunday Times* 11.3.2001). Zeitweise setzten deutsche und schweizerische Behörden eine Sperrung der Konten durch. Die USA erklärten 1998 die UÇK zur terroristischen Vereinigung, womit auch Spenden verboten wurden.<sup>5</sup>

Die Geldströme aus der Diaspora wurden nach dem Prinzip des „Hawala

3 In Deutschland zum Beispiel von der Demokratischen Vereinigung der AlbanerInnen, die ein Büro in Bonn bis Ende des Krieges unterhielt (Verfassungsschutzbericht 1999).

4 Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 900 Millionen DM bis 1999 über diese Fundraising-Aktivitäten in das Kosovo flossen. Ungefähr die Hälfte dieses Geldes stammt aus dem Drogenhandel (*Times* 24.3.1999; *Jane's Intelligence Review* November 1995, www.janes.com).

5 Dieses Verdikt wurde 1999 wieder aufgehoben, da die UÇK nun als potentielle Bodentruppe im Falle eines NATO-Angriffes auf Serbien ausgerüstet werden sollte. Mehr Informationen zur US-Politik gegenüber der UÇK unter: <http://www.fas.org/irp/world/para/kla.htm>. Obwohl der CIA und dem Pentagon die Verbindungen zwischen der UÇK und der organisierten Kriminalität lange bekannt waren, wurde die Organisation nun rhetorisch zu den „good guys“ umdefiniert. Dazu Senator Lieberman in der *Washington Post* (28.4.1999): „[The] United States and the Kosovo Liberation Army stand for the same values and principles... Fighting for the KLA ist fighting for human rights and American values.“

Banking“ verwaltet. Hawala ist ein System von zwei Töpfen, zu dem nur Eingeweihte Zugang haben, in der Regel Mitglieder derselben ethnischen Gruppe. Im Falle der Kosovo-Albaner handelte es sich um Geldtransfers aus den Immigrationsländern in die Heimat, d.h. die UÇK etablierte vor allem in Deutschland und in der Schweiz ein Netz von Schattenbanken, die unter den Namen humanitärer Organisationen registriert waren. Spenden konnten also per Überweisung oder Scheck eingezahlt werden. Der Transfer in das Kosovo wurde jedoch über Kuriere abgewickelt, die das Geld in bar an die richtigen Personen überbrachten. Damit konnten Spuren verwischt und hohe Gebühren vermieden werden (vgl. zum Hawala System auch Altvater in diesem Heft).

Die UÇK begann Mitte Februar 1998 von Dreniça aus ihre erste große Offensive. Während der kommenden fünf Monate gelang es ihr, ungefähr 30% des Territoriums im Kosovo unter ihre Kontrolle zu bringen. In den „befreiten Dörfern“ verboten die Rebellen politische Veranstaltungen und bedrohten serbische und andere Minderheiten. Genauso rücksichtslos gingen sie gegen „Verräter“ aus den eigenen Reihen vor. Der Versuch der USA, mit finanzieller und logistischer Unterstützung der Türkei sowie Saudi-Arabiens 1998 eine eigene Guerilla Truppe aufzubauen (ähnlich den Contras in Lateinamerika) wurde von der UÇK im Keim erstickt (*Le Monde Diplomatique* 5/1999). Während sich die Kämpfe im Kosovo ausweiteten, begann die UÇK mit einer Generalmobilmachung im Ausland, der etliche Tausend Albaner folgten (Verfassungsschutzbericht 1999).

Der weitere Verlauf des Konfliktes ist bereits ausführlich reflektiert worden, so dass sich eine Wiederholung an dieser Stelle erübrigt. Weniger bekannt ist jedoch, inwieweit die albanische Mafia von dem NATO-Einsatz profitierte. Die Zuspitzung der Kampfhandlungen in der Provinz hatte zunächst einen negativen Einfluss auf die kriminellen Geschäfte. Etliche Mafiabosse organisierten die Flucht ihrer Familienmitglieder oder schlossen sich den Kampfverbänden der UÇK an (*Corriere della Sera* 15.10.1998). Die folgenden Ausführungen sollen jedoch verdeutlichen, dass sich die Informalisierung und Kriminalisierung politisch-ökonomischer Beziehungen in der Region auch nach dem NATO-Krieg fortsetzten.

### 3. Kriminalität, Informalisierung und Gewalt unter UN-Verwaltung

Während der NATO-Luftangriffe erklärte sich Thaçi, inzwischen politischer Führer der UÇK, zum Premierminister des Kosovo und berief mehrere Mitglieder der Guerilla in sein Kabinett. Die Regierung wurde weder von der UN-Verwaltung (UNMIK) noch von Rugova anerkannt. Doch die Machtkämpfe innerhalb der UÇK, zwischen den politischen Parteien im Kosovo und der internationalen Verwaltung waren damit nicht abgeschlossen. Die

Autonomiegarantie der UN-Resolution 1244 befriedigte nicht die Unabhängigkeitsforderungen der Kosovo-Albaner, so dass die UNMIK seit Beginn des Einsatzes mit einem Legitimationsdefizit kämpfte. Dazu kam, dass sie sich schnell den Ruf einer ineffizienten und finanziell schlecht ausgestatteten Verwaltung erwarb, die von den Kosovo-Albanern als überflüssig eingeschätzt wurde (Abdela 2/2000) Eine effiziente Ausübung der Kontrolle im Sinne eines modernen Staatswesens führt zwar nicht zwangsläufig zu Vertrauen und lokaler Unterstützung. Mangelnde Effizienz staatlicher oder quasi-staatlicher Institutionen ist jedoch noch schwieriger zu rechtfertigen (Offe 1996). Die Ineffizienz der internationalen Verwaltung zeigt sich besonders in dem Versagen, Gewalt und Kriminalität in der Region einzudämmen.

Nach dem Abzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo und vor dem Einmarsch der NATO-Truppen (KFOR) lag die militärische und politische Macht vor Ort vollständig in den Händen der UÇK. Nach dem Muster der eingangs beschriebenen Warlord-Regime übernahmen UÇK-Offiziere und ihre Clans das Kommando auf regionaler Ebene. Am einflussreichsten war weiterhin die Dreniça-Gruppe, die den Kern der von Thaçi eingesetzten provisorischen „Regierung“ und seiner neu gegründeten Partei des Demokratischen Fortschritts (PDK) bildete. Die „Regierung“ erhob inoffizielle Steuern, die sie auch mit militärischer Gewalt eintrieb. Allein in Gjilan wurden auf diese Weise zum Beispiel 50.000 US-Dollar pro Woche eingesammelt. In manchen Fällen handelte es sich direkt um Schutzgelderpressung (*BBC News* 5.4.2000; Montanari 2000a).

Doch schon während der Rambouillet-Verhandlungen im März 1999 war deutlich geworden, dass es keine klare hierarchische Struktur innerhalb der UÇK gab, sondern verschiedene Fraktionen, die um Macht und Einfluss kämpften. Ramush Haradinaj beispielsweise, einflussreicher Kommandeur der Region Pec, stellte sich gegen den pro-westlichen Kurs von Thaçi und kündigte an, weiter bis zur Unabhängigkeit der Provinz zu kämpfen. Mustafa Rustem, Kommandeur von Llap und Agim Çeku, verantwortlich für die militärische Restrukturierung der UÇK, stehen ebenso für die bedingungslose und notfalls auch mit Gewalt durchzusetzende Unabhängigkeit des Kosovo (Montanari 2000b; ICG 3/2000). Die UÇK-Kommandeure gründeten auf lokaler Ebene eigene Polizeikräfte, setzten Bürgermeister ein und errichteten Straßenkontrollen. Respekt hatten sie nur vor den KFOR-Truppen, während die UNMIK-Polizei in den ersten Monaten völlig unterbesetzt war (*Times* 4.7.1999).

Die internationale Verwaltung war sich der lokalen Machtbasis der UÇK und ihrer zweifelhaften Methoden durchaus bewusst. Die UN-Resolution 1244 und ein entsprechendes Abkommen vom Juni 1999 sahen die Demobilisierung aller Kosovo-albanischen Militäreinheiten vor. Neben dem schon erwähnten politischen Flügel unter der Führung von Thaçi formierte sich ein anderer Teil der UÇK in das Kosovo Protection Corps (KPC/TMK) um. A-

gim Çeku, der mit US-Amerikanern schon in kroatischen Truppenverbänden zusammengearbeitet hatte, wurde mit der Restrukturierung der KPC beauftragt. Die KPC ist ein Kompromiss zwischen dem Ziel der Kosovo-Albaner, eine eigene Armee aufzubauen und dem ursprünglichen Wunsch der UN-Verwaltung, die UÇK ganz aufzulösen. Die US-Regierung hat ein auf dem Balkan schon bekanntes Unternehmen, die Military Professional Resource Incorporated (MPRI) beauftragt, die Ausbildung der Truppe zu übernehmen ([www.mpri.com](http://www.mpri.com)).

Mittlerweile wurde bekannt, dass Çekus Leute sowie Teile der reorganisierten LPK in Waffen- und Drogenschmuggel, Korruption und in die Ausrüstung der UÇK-Ableger UÇPMB (Südserbien) und UÇKM (Mazedonien) verwickelt sind (REF/RL vol.6, no.11, 4/2001; Lipsius 2000; Montanari 2000b). Offensichtlich haben UÇK-Kommandeure während des Krieges Zugeständnisse an die albanische Drogenmafia gemacht, um Waffen zu erhalten (CIS Intelligence Center, [www.stratfor.com](http://www.stratfor.com)). Der Drogenhandel wird weiterhin über die lang gepflegten Clanstrukturen abgewickelt, so dass die internationale Polizei wenig auf lokale Informanten zählen kann. Ob die UÇK-Nachfolgeorganisationen direkt in den Drogenhandel verwickelt sind oder „nur“ mit den entsprechenden Netzwerken zusammenarbeiten, ist nicht eindeutig festzustellen. Verstärkte Razzien der KFOR und UNMIK-Polizei der letzten Monate haben jedoch die Verwicklung ehemaliger UÇK-Kämpfer in illegale Waffentransporte bestätigt sowie mehrere Drogenumschlagplätze im Kosovo aufgedeckt (ICG 3 und 8/2000; REFE/RL vol.5, no. 34; UNMIK Police Press 23.1.2001, [www.civpol.org/unmik/PressUpdateArchi/news/220101.htm](http://www.civpol.org/unmik/PressUpdateArchi/news/220101.htm)).

Erst nach der Zuspitzung der Situation in Mazedonien griffen KFOR und UNMIK zu härteren Methoden. So wurde vor kurzem ein weiteres Gesetz zur Bekämpfung des Waffenschmuggels und der Rekrutierung von Guerilla-Kämpfern erlassen. Außerdem hat die KFOR Grenzkontrollen ausgeweitet. Die albanische und die UNMIK/kosovarische Polizei vereinbarten einen Aktionsplan zur Eindämmung des Grenzschmuggels (RFE/RL vol. 5, no. 34). Inwieweit diese Maßnahmen die gegenwärtig angespannte Situation beruhigen können, ist schwer zu beurteilen. Offensichtlich ist jedoch, dass die Informalisierung von Staat und Gesellschaft nicht nur ein Problem des Kosovo, sondern auch seiner Nachbarn ist.

In der Verbrechensstatistik der Nachkriegsphase nahmen ethnisch motivierte Gewalttaten den größten Stellenwert ein. Es handelte sich dabei vor allem um Gewalt gegen ethnische Minderheiten wie Serben, Gorani, Roma und Ashkenazi. Die Zerstörung von Eigentum und Ermordung oder körperliche Bedrohung dieser Minderheiten, führte zum Massensexodus vor allem von Serben. Die betroffenen Minderheiten sind in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt und haben kaum Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen oder Krankenhäusern. Sie hängen völlig von den Strukturen der in-

ternationalen Gemeinschaft ab. Abgesehen von diesen ethnisch motivierten Verbrechen führten auch die politischen Machtkämpfe in der Provinz zu einer Reihe von Attentaten (UNHCR/OSCE 5/2000). Unabhängige Gerichte gibt es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht, so dass die meisten Verbrechen ungestraft bleiben.

Ethnisch oder politisch motivierte Verbrechen sind eng mit der Ausweitung des informellen ökonomischen Sektors im Kosovo verbunden. Während der NATO-Bombardierungen und danach ergaben sich neue illegale Einkommensquellen, u.a. durch die Beschlagnahmung von Wohnungen, die von Serben und anderen Minderheiten verlassen wurden. Da internationale Organisationen bereit sind, für eine Wohnung in Pristina 2000 DM und mehr zu zahlen (bei durchschnittlichen Monatseinkommen von ca. 80 DM und bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als 50%), wurde Wohnraum zu einer höchst profitablen Ware und somit attraktiv für kriminelle Netzwerke.<sup>6</sup> Auf ähnliche Weise wurden zum Beispiel Hotels, Restaurants sowie sämtliche Tankstellen der Provinz „privatisiert“. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse, die anhaltende Rechtlosigkeit in der Provinz sowie die Konzentration von Geld und politischer Macht können dazu führen, dass gerade kriminelle Netzwerke von der anstehenden Privatisierung profitieren werden.<sup>7</sup>

Seit Kriegsende nutzt die albanische Mafia das Kosovo verstärkt als Basis für Menschenhandel und Menschen schmuggel. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass die damit verbundenen Gewinne die Einkommen aus dem Drogenhandel übertreffen. Schätzungen besagen, dass es weltweit ca. 20 bis 40 Millionen illegale Migrant\*innen gibt. Ungefähr eine halbe Million Chinesen, Kurden, Iraner, Rumänen und andere Flüchtlingsgruppen werden jährlich über die berühmte „Balkanroute“ geschleust. Pro Person werden ca. 10.000 DM verlangt. Lokale Grenzbeamte sind häufig in die Geschäfte verwickelt (BBC 3.8.2000; REFE/RL vol. 5, no. 27 13.4.2001). Weitaus höhere Gewinne werden jedoch mit dem Menschenhandel erzielt, der vor allem Frauen und Kinder betrifft. Menschenhandel basiert im Gegensatz zum Schmuggel auf reiner Ausbeutung durch Zwangsprostitution oder andere Formen der Zwangsarbeit (IOM 2001; UNO 2000). In Albanien und im Kosovo verlassen in einigen Regionen Mädchen und junge Frauen aus Angst vor Verschleppung nicht mehr das Haus (Abdela 2/2000; Schwandner-Sievers 1998). Im Kosovo entstanden nach Kriegsende zahlreiche Klubs und illegale Bordelle, in denen Frauen aus Moldawien, der Ukraine, Rußland oder Rumänien unter unwürdigen Bedingungen zur Prostitution gezwungen werden. Nach Aussa-

6 Gespräche der Autorin mit Vertretern humanitärer Organisationen im August 2000 in Pristina und Prizren. Siehe auch Rastello (2000).

7 In den zentralasiatischen Republiken, die eng in die Produktion und den Transport von Drogen verwickelt sind, lief der Privatisierungsprozess nach diesem Muster ab. Siehe dazu Labrousse et al. (1999).

gen der IOM sind die Menschenhändler vor allem Albaner, die eng mit anderen mafiösen Netzwerken zusammenarbeiten. Die meisten Frauen werden auf ihrer mehrmonatigen Reise drei- bis sechsmal verkauft, bevor sie von einem Bordell im Kosovo für ca. 1.500 bis 5.000 DM gekauft werden (IOM 1/2001). Die wenigsten erhalten ein Gehalt für ihre „Dienste“, d.h. die Gewinnspannen sind enorm hoch. Mittlerweile wurden die Gesetze im Kosovo von der UN-Verwaltung geändert, so dass Menschenschmuggel härter bestraft werden kann. Die Trafficking and Prostitution Unit der UNMIK-Polizei verstärkte ihre Razzien in einschlägigen Restaurants und Klubs (UNMIK-KFOR-UNMIK Police-UNHCR Press Briefing, 23.7.2001, [www.un.org/peace/kosovo/briefing/pressbrief23july01.html](http://www.un.org/peace/kosovo/briefing/pressbrief23july01.html)).

Kriminalität, Gewalt und die Informalität politisch-ökonomischer Strukturen im Kosovo sind das Erbe einer jahrelangen Diskriminierung der albanischen Bevölkerungsgruppe sowie profitabler Verbindungen, die radikale politische Kräfte mit Mafianetzwerken und der Diaspora eingegangen sind. Die internationale Gemeinschaft, d.h. sowohl westliche Regierungen als auch die internationalen Organisationen vor Ort, haben die Situation durch die militärische Unterstützung der UÇK sowie einer anfänglich ineffizienten Verwaltung vor Ort verschärft. Trotz eingeschränkter Erfolge bei der Verbrechensbekämpfung bleibt das Grundproblem der UNMIK bestehen: Sie ist nicht legitimiert und wird von der lokalen Bevölkerung kaum unterstützt. Der Wahlsieg der LDK von Ibrahim Rugova bei den Lokalwahlen im Oktober 2001 hat jedoch gezeigt, dass die Mehrheit der Kosovo-Albaner die „Anarchie“ unter der inoffiziellen UÇK-Herrschaft ablehnt.

\* \* \*

Die vorliegende Fallstudie zur Informalisierung politischer und ökonomischer Strukturen im Kosovo hat verdeutlicht, dass zwischen sogenannten ethnischen Konflikten sowie global agierenden Diaspora- und Mafianetzwerken gefährliche Allianzen entstehen, die staatliche Institutionen dauerhaft schwächen können. Je stärker die militärischen Auseinandersetzungen im Verlaufe eines Konfliktes zunehmen, desto mehr gewinnen diese transnationalen Netzwerke in Verbindung mit „Warlord-Regimen“ in der Region an Einfluss. Diese Konzentration von finanzieller und politischer Macht ist weder demokratisch legitimiert, noch kann sie – trotz ihres Gewaltmonopols – Sicherheit für die Bevölkerung garantieren. Zugang und Schutz wird, wenn überhaupt, nur nach ethnischen und oft auch geschlechtsspezifischen Kriterien gewährleistet. Internationale Interventionen stärken diese Strukturen, indem sie radikale Kräfte und damit auch indirekt die im Hintergrund wirkenden Netzwerke militärisch und politisch unterstützen. Die Demokratisierung informeller Strukturen ex post läuft Gefahr, an der akkumulierten Macht dieser Netzwerke zu scheitern.

## Abkürzungen

FARK	Bewaffnete Kräfte der Republik Kosova
IOM	International Organisation for Migration
KFOR	Kosovo Force
KPC/TMK	Kosovo Schutzkorps
LKÇK	Nationale Befreiungsbewegung des Kosovo
LDK	Demokratische Liga Kosova
LPK/LPRK	Volksfront für die Republik Kosova
OSCE	Organisation for Security and Cooperation in Europa
PPK	Parlamentarische Partei Kosova
PPDK/PDK	Partei des Demokratischen Fortschritts
UÇK	Kosova Befreiungsarmee
UÇKM	Befreiungsarmee von Mazedonien
UÇPMB	Befreiungsarmee von Presheva, Medveda and Bujanovci
UNMIK	United Nations Mission in Kosovo

## Literatur

- Abdela, Lesley (2/2000): *Kosovo: Missed Opportunities, Lessons for the Future*, www.shevolution.com.
- Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf (1996): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster.
- Angoustures, Aline/Valérie Pascal (1999): Diaspora und Konfliktfinanzierung, in: Jean, Francois/Jean-Christophe Rufin (Hg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg, S. 401-439.
- Biberaj, Elez (2000): The Albanian National Question: The Challenges of Autonomy, Independence, and Separatism; in: Michael Mandelbaum (ed.): *The New European Diasporas: National minorities and conflict in Eastern Europe*, Council on Foreign Relations, Washington D.C., S. 214-288.
- Brah, Atvatr (1996): *Cartographies of diaspora: contesting identities*, London.
- Chandler, David (1999): *Bosnia: Faking Democracy after Dayton*, London.
- Centlivres, Pierre (2000): Introduction: Portée et limites des la notion de diaspora; in: *Cahiers d'Études sur la Méditerranée Orientale et le Monde Turco-Iranien*, No. 30, S. 5-12.
- Clark, Howard (2000): *Civil Resistance in Kosovo*, London.
- Collier, Paul/Anke Hoefler (5/2000): *Greed and Grievance in Civil War*, www.worldbank.org/research/conflict.
- Collier, Paul /World Bank Development Research Group (6/2000): *Economic causes of civil conflict and their implication for policy*, Washington DC.
- Crawford, Beverly, Ronnie D. Lipschutz (1998): *The myth of „ethnic conflict“: politics, economics, and „cultural“ violence*, Berkeley.
- EC/World Bank/UNMIK (11/1999): *Towards Stability and Prosperity. A Program for Reconstruction and Recovery in Kosovo*, Prishtina.
- Esman, Milton J. (1986): Diasporas and International Relations; in: Gabriel Sheffer: *Modern Diaspora in International Politics*, New York, S. 333-349.
- Fiorentini, Gianluca/Sam Peltzman (eds.) (1997): *The Economics of Organised Crime*, Cambridge.
- ICG (International Crisis Group) (3/2000): *What happened to the KLA?* ICG Balkans Report No. 88; download: <http://www.icg.int>.
- ICG (8/2000): *Kosovo Report Card*, Prishtina/Brüssel, No. 100; www.icg.int.
- ICG (1/1999): *The state of Albania*, Tirana, No. 54; www.icg.int.
- IOM (1/2001): *Counter-Trafficking Strategy for the Balkans and Neighbouring Countries*, www.iom.int.
- Jean, Francois/Jean-Christophe Rufin (Hg.) (1999): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg.
- Labrousse, Alain; Stéphane Allix, Fabrizio Vielmini (1999): Les drogues en Asie centrale: héritage et innovations; in: *La revue internationale et stratégique*, No. 34, S. 100-108.

- Lipsius, Stephan (2000): Vorbild UÇK: Albaner in Serbien gründen UÇPMB; in: *SÜDOSTEUROPA*, 49. Jg., No. 4, S. 133-143.
- Montanari, Marco (2000a): Kosovo's Economic Structures, in: *KOSOVO, 1999-2000. The Intractable Peace. A radiography of the post-war year*; [www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html](http://www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html).
- Montanari, Marco (2000b): Between Politics, Society, and Security; in: *KOSOVO, 1999-2000. The Intractable Peace. A radiography of the post-war year*; [www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html](http://www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html).
- Naylor, R.T. (1999): *Patriots and profiteers: on economic warfare, embargo busting, and state sponsored crime*, Toronto.
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.
- OECD (2001): *Tendances des migrations internationales*, Paris.
- Offe, Claus (1996): *Modernity and the state: east, west*, Cambridge.
- Portes, Alejandro/Manuel Castells/ Laura A. Benton (1989): *The Informal Economy. Studies in Advanced and Less Developed Countries*, Baltimore.
- Rastello, Luca (2000): The Crossroads of Illegal Traffic; in: *KOSOVO, 1999-2000. The Intractable Peace. A radiography of the post-war year*; [www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html](http://www.iue.it/RSC/Kosovo/Welcome.html)
- Sampson, Steven (1998): Exporting Democracy, Preventing Mafia: The Rebirth of 'Eastern Europe' in the Era of Post-Post-Communism; in: Klas-Göran Karlsson, Bo Petersson, Barbara Törnquist-Plewa: *Collective Identities in an Era of Transformations. Analysing developments in East and Central Europe and the former Soviet Union*, Lund, S. 151-179.
- Schmidt, Fabian (2000): Die „Albanische Frage“ im Spiegel der regional-albanischen Diskussion; in: *SÜDOSTEUROPA*, 49. Jhg., 7-8, S. 375-400.
- Shain, Yossi (1993): Democrats and Secessionists: US Diasporas as Regime Destabilizers; in: Myron Weiner: *International Migration and Security*, Boulder, S. 287-322.
- Sheku, Bashkim (1997): The Albanian National Problem and Conflicts with Neighbors; in: Laszlo Kürti/Juliet Langman: *Beyond Borders. Remaking Cultural Identities in the New East and Central Europe*, Boulder, S. 83-95.
- Schwandner-Sievers, Stephanie (1998): Gruppensolidarität und Gewaltlegitimation im aktuellen Albanien. Eine sozialanthropologische Analyse; in: *SÜDOSTEUROPA MITTEILUNGEN*, Nr. 4, 38. Jg, 326-341.
- Troebst, Stefan (1998): *Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation 1992-1998*, ECMI Working Papers No. 1, Flensburg.
- UNO (2000): *Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons*, [www.uncjin.org/documents](http://www.uncjin.org/documents).
- UNHCR/OSCE (5/2000): *Update on the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo*, Prishtina.